SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

40 Jahre libysche Revolution: mehr Erfolg bei der Machtsicherung als bei der Landesentwicklung

Mattes, Hanspeter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mattes, H. (2009). *40 Jahre libysche Revolution: mehr Erfolg bei der Machtsicherung als bei der Landesentwicklung.* (GIGA Focus Nahost, 9). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275841

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 9
2009
ISSN 1862-3611

NAHOST

40 Jahre libysche Revolution: Mehr Erfolg bei der Machtsicherung als bei der Landesentwicklung

Hanspeter Mattes

In der Nacht zum 1. September 2009 beging die libysche Führung mit einer mehrstündigen Feier den 40. Jahrestag des Sturzes der Monarchie und des Beginns der Septemberrevolution. Eine Militärparade gehörte zum selbstverständlichen Teil des Spektakels. Kurz zuvor war der zu lebenslanger Haft in Schottland verurteilte, aus gesundheitlichen Gründen aber freigelassene Attentäter des Lockerbieanschlages vom Dezember 1988, Abd al-Basit al-Maqrahi, unter Beifallsstürmen nach Libyen zurückgekehrt. Im deutlichen Gegensatz zur demonstrativen Feierstimmung in Libyen stehen die kritischen Bilanzen libyscher Oppositionspolitiker im Exil und westlicher Regierungen. Auch trug das Auftreten des libyschen Revolutionsführers vor der UN-Vollversammlung am 23. September 2009 wenig dazu bei, Vertrauen in einen Kurswechsel zu wecken.

Analyse

Die lange Herrschaftszeit von Revolutionsführer Mu'ammar al-Qaddafi gibt Anlass zu der Frage, welche Bilanz die libysche Führung in den Bereichen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik tatsächlich aufzuweisen hat, und ob der 1969 formulierte Entwicklungsanspruch eingelöst wurde:

- Innenpolitik: Der Herrschaftsanspruch der politischen Führung wurde, beginnend mit dem Gesetz zum Schutz der Revolution vom Dezember 1969 und weiterer nachfolgend verabschiedeter Gesetze, bis heute konsequent durchgesetzt. Die propagierte politische Selbstbestimmung des libyschen Volkes durch die ab 1975 geschaffenen direktdemokratischen Volkskonferenzen blieb angesichts des Fortbestehens effizienter staatlicher Kontrolle Fiktion.
- Außenpolitik: Auch wenn sich die regionalen Schwerpunkte der libyschen Außenpolitik im Lauf der Zeit verändert haben, gilt dies nicht für das Dominanzstreben und den regionalen Hegemonialanspruch. Verändert wurde lediglich das eingesetzte Instrumentarium: an die Stelle von aggressivem Expansionismus, militantem Revolutionsexport und dem Rückgriff auf terroristische Mittel dominiert seit den 1990er Jahren eine auf finanzielle Ressourcen gestützte „Soft-power"-Strategie.
- Wirtschaftspolitik: Rentenfinanzierte Infrastruktur- und Wohlfahrtsmaßnahmen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass durch die jahrelangen ideologisch motivierten Eingriffe sowie das weit verbreitete Unverständnis für effektive Arbeitsprozesse die Grundlagen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unmittelbar durch Qaddafi selbst stets aufs Neue torpediert wurden.

Keywords: Qaddafi, politisches System, Außenpolitik, wirtschaftliche Entwicklung, Opposition

open access

Es scheint, als ob Libyen vierzig Jahre nach der Revolution und zahlreicher turbulenter innen- wie außenpolitischer Entwicklungen im Kreis der respektablen Nationen angekommen sei. Damit im Zusammenhang stehen westliche Kommentare des Tenors „Libya: coming in from the cold" oder „Muammar Gaddafi: From mad dog to nice guy". Bereits Anfang Juli 2009 nahm Revolutionsführer Qaddafi als gegenwärtiger Vorsitzender und Vertreter der Afrikanischen Union am G-8-Gipfel im italienischen L'Aquila teil und traf dort auch mit US-Präsident Obama zusammen. Am 31. August 2009 fand in Tripolis in Anwesenheit zahlreicher afrikanischer Staats- und Regierungschefs ein wichtiger AU-Sondergipfel zur innerafrikanischen Regelung von Konflikten statt, dessen Erfolg („Deklaration von Tripolis") sich Qaddafi zuschreiben konnte. Mit solchem Rückenwind starteten in Libyen die Revolutionsfeierlichkeiten, in denen die wechselvolle jüngere Geschichte fast in Vergessenheit geraten konnte.

1. Die Phasen der libyschen Revolution

Die politische Entwicklung Libyens während der letzten vier Jahrezehnte revolutionärer Transformation gliedert sich in Phasen starker ideologischer Einflussnahme (besonders 1973, 1975-1986) und Phasen von ausgeprägtem politischen Pragmatismus (1987-1992, 1999 bis zur Gegenwart). Chronologisch sind dabei folgende Phasen erkennbar:

1969-1972: Mu'ammar al-Qaddafi, Führer der Septemberrevolution und stark von Nassers arabischem Sozialismus beeinflusst, übernahm dessen Verfassungsmodell sowie sein partizipatives politisches Organisationsmodell (Einheitspartei der *Arabischen Sozialistischen Union*/ASU); parallel dazu engagierte er sich für die arabische Einheit, die für Qaddafi Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen Israel ist.

1973-1975: Die Unzufriedenheit Qaddafis mit der Funktionsweise der ASU führte, beginnend mit seiner Rede von Zuwara im April 1973, zur Propagierung eines direktdemokratischen Politikmodells, in dem Basisvolkskonferenzen die Legislative und gewählte Volkskomitees die Exekutive bilden sollten. Ideologischer Mittelpunkt sind die „Volksmassen" (arab. Jamahir). Dieses Modell wird Grundlage des Ende 1975 von Qaddafi verfassten ersten Teiles des *Grünen Buches*, das seinerseits als Handlungsanleitung seiner seit 1972 sukzessive entwickelten *Dritten Universalen Theorie* gilt.

1975-1986: In diese Phase der ideologischen Militanz und des Revolutionsexports fallen mehrere wichtige innen- wie außenpolitische Ereignisse. Hierzu zählt innenpolitisch die am 2. März 1977 proklamierte Volksherrschaft. Die damit verbundene Gründung der Großen Sozialistischen Libyschen Arabischen Volks-*Jamahiriya* als erstem „Volksmassenstaat der Welt" soll laut Qaddafi nach dem Zeitalter der Monarchien und der Republiken zu jener Periode überleiten, die von solchen Volksmassenstaaten dominiert wird. Wichtiger als dieser Verfassungsakt war jedoch die parallel verlaufene Gründung von Revolutionskomitees, die unter Qaddafis Führung die Bevölkerung ideologisch anleiten und (de facto bis heute) jegliche Opposition gegen den revolutionären Kurs brechen sollen. Opfer von Repressalien dieser Revolutionskomitees waren die Zielgruppen der 1976 einsetzenden sukzessiven autoritären Eingriffe in das politische und wirtschaftliche Gefüge Libyens (in erster Linie Militärs, Beamte, Studenten, Religionsgelehrte), die – wenngleich erfolglos – gegen die einengenden ideologischen Eingriffe opponierten. Als Folge gab es zahlreiche Hinrichtungen von Revolutionsgegnern im In- und Ausland.

Die Veröffentlichung des 2. Teils des *Grünen Buches* 1978 brachte massive ideologisch begründete Wirtschaftseingriffe (Sozialisierungsmaßnahmen) mit sich und rief den Widerstand der Unternehmer hervor. Messianismus und revolutionärer Expansionismus, gespeist aus hohen Erdöleinnahmen, verstärkten sich und führten u.a. zur militärischen Intervention im benachbarten Tschad sowie zur zunehmenden Konfrontation mit den USA. Das bewirkte, dass die USA im Dezember 1979 Libyen auf die vom State Department erstellte Liste jener Staaten setzten, die global Terrorismus unterstützen.[1] 1980 folgten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und massive US-Wirtschaftssanktionen, die vor allem die Erdölexploration trafen. Der libysche Staatsterrorismus gegen US-Bürger („La Belle"-Anschlag in Berlin vom 5.4.1986) zog am 15.4.1986 die Bombardierung von Tripolis und Banghazi durch die US-Luftwaffe nach sich.

1987-1992: Die Finanzkrise, die den hochsubventionierten Wohlfahrtsstaat unterminierte, sowie die Niederlage der libyschen Streitkräfte im Tschad und die anhaltende Repression führten zu einer den Fortbestand der Revolution gefährdenden Lage. Die Revolutionsführung reagierte mit Liberalisierungsmaßnahmen (u.a. Aufhebung der Ausreisebeschränkungen) und einer Erweiterung des Intervalls, in dessen Rahmen Kritik toleriert wird. Formal wurden mit der Verabschiedung einer „Großen Grünen Menschenrechtsdeklaration" (12.6.1988) erstmals Menschenrechte kodifiziert. Außenpolitisch verhärtete sich allerdings wegen

[1] Vgl. Libya an state-sponsored terrorism: an historical perspective, in: Terrorism monitor, 23.3.2005, unter: http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=305.

des libyschen Strebens nach chemischen und atomaren Massenvernichtungswaffen die Konfrontation mit den westlichen Staaten.

1992-1999: Die seit 1992 eskalierenden Angriffe von Kämpfern libyscher islamistischer Gruppen auf Vertreter und Einrichtungen des Regimes – von ihnen als gottlos bezeichnet – , verschärften die innenpolitische Situation. Insbesondere neue Repressionsmaßnahmen engten die seit 1988 erkennbaren Ansätze zur Liberalisierung des politischen Systems wieder ein.[2] Durch die im März 1992 verhängten UN-Sanktionen gegen Libyen, mit denen die Auslieferung der beiden mutmaßlichen Lockerbieattentäter,[3] Fahima und al-Miqrahi, erzwungen werden sollte, geriet das Land außenpolitisch in die Isolation. Intensive Kontakte Qaddafis in das subsaharische Afrika und Wirtschaftshilfe relativierten aber die Isolation. Die Gründung der neuen Regionalgemeinschaft *SinSad* 1998 und die afrikanische Unterstützung für Qaddafis Plädoyer zugunsten der Gründung einer Afrikanischen Union am 9. September 1999 waren das Resultat der pragmatischen libyschen Softpowerpolitik. Die Auslieferung von Fahima und al-Miqrahi an ein in Den Haag eingerichtetes schottisches Gericht im April 1999 brachte aber nur die Aufhebung der UN-Sanktionen, nicht jedoch der US-Sanktionen.

1999-2009: Die massive Behinderung der libyschen Erdölförderung durch fehlende Investitionen und Technologie (und damit die implizite Gefährdung der materiellen Grundlage des Revolutionsregimes) konnte indes nur durch die Aufhebung der US-Sanktionen bewirkt werden. Hauptkriterium hierfür war die Aufgabe der libyschen nuklearen und chemischen Massenvernichtungsprogramme.[4] Die Bekanntgabe zur Einstellung der Programme durch Qaddafi im Dezember 2003 leitete nicht nur die Normalisierung der Beziehungen zu den USA (Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Juni 2004), sondern auch zu den anderen westlichen Staaten ein. Ein entsprechender Reigen von Staatsbesuchen westlicher Politiker in Tripolis folgte. Der Handlungsspielraum der libyschen Außenpolitik vergrößerte sich ab 2003 mit der Explosion der Ölpreise auf dem Weltmarkt. Dies ermöglichte nicht nur eine weitere Forcierung der Softpowerpolitik insbesondere in Afrika, sondern auch die Inangriffnahme umfangreicher Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte in Libyen sowie die Fortsetzung von Wirtschaftreformen, wenngleich diese nach wie vor zu zögerlich verlaufen und dem Problemstau nicht gerecht werden. Eine grundlegende Reform der innenpolitischen Strukturen ist hingegen nicht in Sicht, auch wenn sich durch Einzelmaßnahmen[5] – überwiegend angestoßen vom zweitältesten Sohn Qaddafis, Saif al-Islam, – die gegenwärtige Situation verbessert hat.

Die Revolutionsführung um Mu'ammar al-Qaddafi muss sich jenseits solcher Periodisierungen für den gesamten Zeitraum seit September 1969 der Frage stellen, was in dieser Zeit an politischer und sozioökonomischer Entwicklung innerhalb Libyens erreicht worden ist.

2. Positive Entwicklungsschritte

Unzweifelhaft positiv zu vermerken ist der unter der Revolutionsführung geschaffene und von den Erdöleinnahmen gespeiste Wohlfahrtsstaat (massiver Ausbau des kostenfreien Bildungssystems, des Gesundheitswesens, des sozialen Wohnungsbaus usw.). Allerdings hat dessen quantitative und qualitative Leistungsfähigkeit unter der Wirkung der seit 1986 spürbar gewordenen Finanzkrise und der von 1992-1999 verhängten UN-Sanktionen deutlich gelitten und sich erst seit 2003 wieder erholt.[6] Auf Grund seiner geringen Bevölkerungszahl von knapp 6 Mio. nimmt Libyen auf dem *Index der menschlichen Entwicklung* der UNDP nach den finanziell noch weitaus besser gestellten Golfmonarchien einen arabischen Spitzenplatz ein.

Als positiv ist auch die Frauenpolitik der Revolutionsführung zu bewerten, die seit den 1970er Jahren mit Nachdruck umgesetzt wurde, obwohl sie von Anfang an auf die Ablehnung der konservativen Familienoberhäupter und Stammesscheichs stieß. In zahlreichen Reden wies Qaddafi auf die wichtige gesellschaftliche Rolle der Frau hin. Ob in der Armee, bei der politischen Entscheidungsfindung, in der Wirtschaft (zur Ablösung der teuren ausländischen Arbeitskräfte), im Bildungs- und Gesundheitswesen, nirgends könne – so Qaddafi – auf die Stimme und die Arbeit der Hälfte der Gesellschaft verzichtet werden. Die Öffnung dieser Bereiche für Frauen wurde deshalb von der Revolutionsführung massiv und erfolgreich be-

[2] Das *Withaqat al-sharaf* (Ehrenkodexdokument) vom 9.3.1997 verpflichtet z.B. Stämme zur Unterbindung von Gewalt gegen das Regime, wenn der Stamm nicht kollektiv den Entzug staatlicher Leistungen riskieren will.

[3] Am 21.12.1988 explodierte über dem schottischen Lockerbie ein PanAm-Verkehrsflugzeug; der Anschlag forderte 270 Tote; als Urheber wurde der libysche Geheimdienst bezeichnet, doch gibt es daran trotz der Verurteilung al-Miqrahis (Fahima wurde freigesprochen) bis heute Zweifel.

[4] Nach Angaben Qaddafis stand Libyen kurz vor der Produktion einer Atomwaffe; wahrscheinlicher ist jedoch, dass Libyen bis 2003 nur ein rudimentäres Programm auf die Beine stellen konnte.

[5] Zum Beispiel die Freilassung politischer Gefangener (vor allem Islamisten), Ansätze zur Korruptionsbekämpfung; Untersuchung der Gefängnisrevolte von Abu Salim 1996 (1.200 Tote) usw.

[6] Vgl. zur Priorität der Modernisierungspolitik http://www.insidelibya.info/central.php?o=5&s=40&d=3&i=864.

trieben, die in dieser Hinsicht (zusammen mit der tunesischen Staatsführung) in Nordafrika eine Vorreiterrolle einnimmt.

Aus regionaler Sicht ist auch die Islampolitik Qaddafis zu würdigen. Die Stellung des Islam in Libyen durchlief seit 1969 unterschiedliche und ambivalente Phasen, was auf die Intentionen Qaddafis sowie den langwierigen Prozess der Positionsbestimmung von Staat und Islam zurückzuführen ist. Qaddafi, einerseits unermüdlicher Propagandist des Grünen Buches, ist zugleich als Missionar seiner undogmatischen Islamkonzeption in die Rolle eines Imam, eines religiösen Erneuerers geschlüpft. Dem seit 1975 erkennbaren Streben der Revolutionsführung nach einem islamisch legitimierten, aber säkularen Staat, dessen Modernisierung und Transformation nicht durch religiöse Vorschriften eingeengt werden soll, der aber zugleich in allen Bereichen von der arabisch-islamischen Kultur und Zivilisation geprägt ist, steht eine seit Ende der 1970er Jahre wachsende Strömung von Kräften gegenüber, die mittels Einführung der Scharia Grundlagen für die Errichtung eines islamischen Staates schaffen wollen, wobei *Taqlid* (Nachahmung, Tradition) statt *Ijtihad* (Geistesanstrengung; Bereitschaft zur Revision) zur Maxime ihres Handelns wurde. Aus dieser Kluft resultiert zwangsläufig die unversöhnliche Haltung der Revolutionsführung gegenüber den ab 1989 auch militärisch operierenden Islamisten. Diese antiislamistische Politik der libyschen Staatsführung fand sowohl auf Seiten Tunesiens als auch Ägyptens Zustimmung, die in der libyschen Position ein „Bollwerk gegen den Islamismus“ sahen.

3. Negative Entwicklungen

Die revolutionäre libysche Politik wurde im In- und Ausland – trotz positiver Teilentwicklungen – weitestgehend negativ eingestuft. Kritik gab es insbesondere von den unterschiedlichen libyschen Oppositionsfraktionen (nationalistisch, baathistisch; demokratisch; islamistisch usw.), die sich als Folge der Repression ab 1976/77 überwiegend im Ausland (USA, Europa) formierten, sowie von Seiten der westlichen Staaten.

Neben der Unterdrückung politischer Pluralität wurde von der Opposition vor allem die hohe unproduktive Mittelallokation kritisiert. Angeprangert wurde darüber hinaus:

1. der kostenintensive ideologische Messianismus in Form von umfangreicher Übersetzungs- und Publikationstätigkeit (diverse Übersetzungen des Grünen Buches und anderer Werke des Grünen-Buch-Zentrums) sowie die Veranstaltung aufwändiger Konferenzen in Libyen und im Ausland, ohne dass dieses Marketing zugunsten der Ideologie von Qaddafi bis heute einen signifikanten Widerhall außerhalb Libyens gefunden hätte.
2. Die gleichfalls kostspielige Rüstungspolitik (über 20 Mrd. US-$ allein im Zeitraum 1978-1985), mit deren Beschaffungsrhythmus in den 1970er und 1980er Jahren weder die Lager- und Unterhaltungs-, noch die Ausbildungskapazitäten Schritt halten konnten, was sich in Fällen militärischer Kampfeinsätze (gegen die USA im Golf von Sirte in den 1980er Jahren; im Tschad vor allem 1986) als verheerend erwies.
3. Die fruchtlose panarabische Außenpolitik mit ihren immer neuen Einheits- bzw. Unionsansätzen (in unterschiedlicher Komposition mit Ägypten, Sudan, Syrien, Tunesien, Marokko, Tschad), für die von libyscher Seite stets hohe finanzielle Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass die diversen Anläufe mehr als nur kurzfristigen Bestand hatten.
4. Das globale Engagement zugunsten von Befreiungsbewegungen mit zunehmender Ausdehnung auf terroristische Gruppen (palästinensische Organisationen; IRA; ETA) im Zuge der sich seit Ende der 1970er Jahre verschärfenden Auseinandersetzung mit den westlichen Staaten. Insbesondere das starke Engagement zugunsten palästinensischer Gruppen und afrikanischer Befreiungsbewegungen (Angola, Mozambik, Namibia, Südafrika, Sambia) verursachte einen hohen Kapitalabfluss, ehe die Finanzkrise ab 1986 automatisch bremsend wirkte.

Bei einer realistischen Bilanz der politischen Entwicklung Libyens sind über die genannten positiven und negativen Aspekte hinaus weitere Faktoren und Elemente zu berücksichtigen.

4. Bewertung des politischen Systems

Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist das auf die Person Qaddafis fokussierte politische System, das trotz der skizzierten internen Weiterentwicklungen Zeugnis von der Stabilität der revolutionären Herrschaft ablegt, so dass die lokalen Medien – durchaus auch mit Blick auf das regionale Umfeld – von Libyen als *dawlat al-istiqrar* (Staat der Stabilität) sprechen. Revolutionsführer Qaddafi ist nach dem Tod von Omar Bongo (Gabun) derzeit der dienstälteste amtierende Staatschef der Welt. Diese Langlebigkeit im Amt ist allerdings nicht nur den Umständen an sich, sondern auch der charismatischen

Persönlichkeit Qaddafis[7] zuzuschreiben. Hinzu kommt seine politische Flexibilität, wenn es gilt, die Grundlagen der revolutionären Herrschaft zu sichern – und sei es auf Kosten der Rücknahme von ideologisch motivierten Eingriffen, die Jahre zuvor mit großem Medieneinsatz propagiert worden waren.

Qaddafis Anliegen, Libyen zu entwickeln, Armut, Unterentwicklung, Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen, ist unstrittig. Dieses Motiv war schon vorhanden, als sich Qaddafi während seiner Schulzeit in Sabha erstmals politisch engagierte, und rückte nach der Machtübernahme am 1. September 1969 noch stärker in den Vordergrund. Qaddafi mußte indes wie Fidel Castro die Erfahrung machen, dass es leichter ist, eine Revolution (im Sinne von Machtwechsel) durchzuführen, als in einer Gesellschaft eine Entwicklungsrevolution in Gang zu setzen[8] und Entscheidungen kompetent umzusetzen.

Reden wie jene vom 15. April 1973 (Aufruf zur Volksrevolution) und die (durchaus experimentierfreudigen) Umgestaltungen des politischen Systems waren Versuche, solche Missstände zu überwinden, ohne dass dies jedoch zum angestrebten Erfolg führte. Ursachen hierfür sind zum einen darin zu suchen, dass das in der Dritten Universalen Theorie formulierte Ziel der Herausbildung des „neuen Menschen" an sich vermessen war, zum anderen darin, dass Qaddafi als Initiator der permanenten Revolution von oben die Bevölkerung, die *jamahir*, entgegen der Theorie als Objekte, nicht aber als Subjekte der Revolution ansah, die auf das Ziel der propagierten Entwicklungsrevolution kursbestimmenden Einfluss hätten ausüben können.

Das politische System bzw. das auf legislativen Volkskonferenzen und exekutiven Volkskomitees basierende direktdemokratische *Jamahiriya*-Staatsmodell, das den Kern des ideologischen Sendungsbewusstseins Qaddafis bildet, verdient eine gesonderte Betrachtung. Libyen ist formal eines der wenigen Länder, in denen das politische System von direktdemokratischen Strukturen geprägt ist. Dennoch kann die Praxis in Libyen weder empirisch noch argumentativ für oder gegen die Funktionsweise direkter Demokratie als politisches Organisationsmuster herangezogen werden, weil das Modell der direkten Demokratie in Libyen nie interventionsfrei vom „Revolutionssektor" (Qaddafi selbst, Revolutionsführung; Revolutionskomitees) agieren konnte. Die Präsenz der Revolutionskomitees vor Ort verkürzte die freiheitlichen Optionen direkter Demokratie auf eine „Intervalldemokratie", deren Grenzen zwar im Zeitablauf variabel, aber stets vorhanden waren/sind, und deren Überschreiten als konterrevolutionäres Handeln sanktioniert wurde/wird. Das System direkter Demokratie funktionierte in Libyen dabei um so besser, je weniger „politisch" die Tagesordnungspunkte waren, die von den Teilnehmern an den Basisvolkskonferenzen auf ihren drei regulären Sitzungsperioden pro Jahr diskutiert wurden. Die von der Organisationsspitze, dem Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz, erstellte Tagesordnung bot zugleich ein breites Feld für Manipulationen, konnten doch wichtige Diskussions- und Abstimmungspunkte gänzlich unterdrückt werden (wie z.B. die Intervention der libyschen Streitkräfte im Tschad), oder umstrittene Tagesordnungspunkte trotz lokalen Widerstandes immer wieder platziert werden, bis ein zustimmendes Votum zustande kam. Demokratie als Ungewissheit bei der politischen Willensbildung ist folglich kein von Qaddafi akzeptiertes Prinzip.

Das libysche Modell direkter Demokratie weist über die funktionshemmende permanente Interventionsbereitschaft des „Revolutionssektors" hinaus jenes Defizit auf, das generell diesem Partizipationsmodell anhaftet. Der von Qaddafi intendierte hyperaktive Partizipationsstaat neuer, politisch bewusster Menschen war in der Realität stets nur eine Fiktion seines Idealbildes. Das offensichtliche Abwesenheitsproblem setzte sich auch nach der Umgestaltung der Parteistrukturen der Arabischen Sozialistischen Union in die Basisvolkskonferenzen fort, so dass – trotz fehlender exakter empirischer Daten – davon ausgegangen werden kann, dass bis heute wegen Zeitmangels, Ermüdungserscheinungen und der Kontrollmaßnahmen nur eine (aktive) Minderheit jeweils an den Sitzungen der Basisvolkskonferenzen teilnimmt und entsprechende Resolutionen verfasst.[9] Die demokratische Funktionsweise des libyschen Konferenzsystems ist aber noch durch weitere Faktoren konditioniert bzw. wird von diesen belastet:

Erstens durch die starke Ausprägung der „sozialen Wurzeln" – besonders in ländlichen Gebieten –, d.h., die dort nach wie vor deutliche Dominanz von Stämmen und Großfamilien. Im Falle von Widerständen gegen administrative Maßnahmen führte dies zu mehrfacher,

[7] Der amerikanische Politologe Michael C. Hudson schreibt in seinem Standardwerk: Arab Politics. The Search for Legitimacy (New Haven/London 1977) bis heute gültig: „No leader since Nasir has exerted such charisma among ordinary Arabs" (S. 321).

[8] Diverse Karikaturen von Muhammad al-Zwawi, Libyens berühmtesten Karikaturisten, aus den 1970er Jahren belegen dies genauso wie Reden Qaddafis, in denen er Phlegma, Laxheit, Unflexibilität usw. geißelte.

[9] Das gilt allerdings nicht für die Tagungen der Volkskonferenzen auf regionaler Ebene und die Allgemeine Volkskonferenz (nationale Ebene), da deren Mitglieder gewählte Delegierte der jeweils nachgeordneten Ebenen sind.

politisch motivierter Neugliederung der Verwaltung der lokalen Entscheidungseinheiten, indem Teilungen oder Zusammenlegungen vorgenommen wurden. Zugleich erhöhte die Dominanz von Stämmen und Großfamilien die Anfälligkeit des Volkskonferenzen-Volkskomitee-Systems für informelle Verhaltensweisen bei der Bestellung von Kadern in den Führungssekretariaten der Basisvolkskonferenzen und in den Volkskomitees.[10]

Zweitens durch den hohen Koordinierungsaufwand zwischen Basisstrukturen und nationaler Ebene, verbunden mit immenser kostenintensiver Reisetätigkeit der mehreren Tausend Delegierten bei Tagungen der Allgemeinen Volkskonferenz (seit den 1990er Jahren überwiegend im neuen Konferenzzentrum in Sirt).

Drittens durch die Farce der Macht- und Funktionsverleugnung durch Revolutionsführer Qaddafi, der de facto Kraft revolutionärer Legitimität die höchste Entscheidungsgewalt darstellt. Er selbst betont aber regelmäßig, dass er über kein Amt und ergo keine Entscheidungsbefugnisse in Libyen verfüge, sondern allein die Basisvolkskonferenzen zu entscheiden hätten. Die Realität sieht jedoch vollkommen anders aus: Qaddafi – der verfassungstextlich tatsächlich keine Funktion inne hat und außerhalb des Systems der Volkskonferenzen und Volkskomitees steht, empfängt ausländische Staatschefs, Minister, Wirtschaftsdelegationen usw., vertritt Libyen auf internationalen Konferenzen (G-8; AU; UNO-Vollversammlung 2009), stößt innenpolitische Diskussionen an, fällt aber auch eigenmächtig Entscheidungen oder hebt Entscheidungen auf (z.B. im Februar 1999 bezüglich der Modifikation des Heiratsgesetzes). Dieser praktizierte Zentralismus führt zwangsläufig dazu, dass untere Ebenen trotz kodifizierter dezentralisierter Entscheidungsfindung vor Beschlüssen erst um Rückversicherung bei höheren Instanzen nachsuchen. Eine in der Tradition der klassischen Bai'a (Herrscherhuldigung) stehende Variante dieser „Revolutionskonformität" stellen die bei nahezu allen Veranstaltungen verfassten hagiographischen Telegramme dar, die von den Veranstaltern an Revolutionsführer Oberst Qaddafi gesandt werden, in denen sie seine „wegweisende Rolle für die Etablierung der Volksherrschaft" usw. lobpreisen.

Viertens durch die Konzeption direkter Demokratie unter explizitem Ausschluss der Möglichkeit, dass sich die Bevölkerung zivilgesellschaftlich organisieren und für ihr jeweiliges Anliegen lokal, regional oder national meinungsbildend engagieren kann.[11] So wie der kubanische Einparteistaat seinem Selbstverständnis nach pluralistisch ist und dafür der Begriff *pluralismo singular* geprägt wurde, so ist auch die Jamahir-Gesellschaft auf individualisierter Ebene im Rahmen der tolerierten Intervalle pluralistisch, ohne indes über das Recht zur Vereinigung dissidenter Meinungen in nichtstaatlichen Organisationen zu verfügen und damit ein Gegengewicht zur Staatsmeinung aufbauen zu können. *Vereinigungsverbot* und nationale *Medienzugangskontrolle* machen die Jamahir-Gesellschaft folglich zu einer „stummen" Gesellschaft.[12] Weil im libyschen Staatsmodell sich selbst repräsentierender Volksmassen eine formierte und legalisierte Opposition keine Existenzberechtigung hat, wird selbst friedlich artikulierter Dissens zum konterrevolutionären Akt, dessen moderate oder rigide Verfolgung vom innen- sowie außenpolitischen Kontext diktiert wird. In den letzten Jahren manifestierte sich Opposition innerhalb Libyens nur punktuell, zumal die Anzahl derjenigen, denen die Revolution rechtliche Besserstellung, materielle Vorteile und sozialen Aufstieg brachte, durchaus beachtlich ist, und bislang keine signifikanten regionalen Disparitäten für Unmut sorgen.[13]

5. Perspektiven der revolutionären Ordnung – Fazit

Die Zukunftsaussichten der libyschen Revolution sind eng an die Wandlungskapazitäten der Staatsführung gekoppelt. Die Gefahr einer institutionalisierten, ja mumifizierten Revolution in Libyen ist im Zeitablauf der letzten vier Dekaden um so größer geworden, je älter die kollektive Revolutionsführung[14] wurde. Dieser steht als Folge des hohen Bevölkerungswachstums eine immer größere Anzahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber, die nichts anderes als die Revolutionsepoche kennen, die ihre Situation nicht mehr an der Zeit der Sanusi-Monarchie und den damaligen politischen und wirtschaftlichen Problemen messen, sondern im Zeitalter des Internet und Sat-TV ihre häufig von Arbeitslosigkeit und Langeweile ge-

[10] Trotz der Ablehnung einer politischen Rolle von Stämmen in der Gesellschaft gemäß dem 3. Teil des Grünen Buches bewirkte die seit den 1990er Jahren zu beobachtende Retribalisierung, d.h. der verstärkte Rückgriff der Mitglieder der Revolutionsführung auf ihre Stämme zur Sicherung ihrer Machtbasis, dass sich auch an der Basis das Handeln entlang tribaler/familiärer Linien verstärkte.

[11] Die Gründung von Parteien ist per Gesetz seit 1972 verboten; Vereinsgründungen unterliegen strengen Auflagen.

[12] Diese „Stummheit" wurde nur kurzfristig durch Saif al-Islam al-Qaddafi aufgehoben, der es sich als Sohn des Revolutionsführers ab August 2007 erlauben konnte, mittels zweier eigenen reformorientierten Zeitungen (Oea, Quryna) und des TV-Senders al-Libiya die Medienmonotonie aufzubrechen; bereits im August 2009 wurden diese Medien unter dem Druck konservativer Qaddafianhänger verstaatlicht.

[13] Ausnahme sind die Tubu in der Region Kufra, die im Sommer 2008 gegen ihre Marginalisierung protestierten.

[14] Qaddafi und die anderen Mitglieder der Revolutionsführung sind Anfang der 1940er Jahre geboren.

prägte Situation mit jener von Jugendlichen/jungen Erwachsenen in Europa und den USA vergleichen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass die gegenwärtig die politischen Geschicke Libyens bestimmenden Stämme, in erster Linie die Qadadfa und die Maqarha, alles für einen fortgesetzten Machterhalt tun werden. Hierfür stehen zunehmend auch die Söhne der heutigen Funktionsträger zur Verfügung, in erster Linie diejenigen von Revolutionsführer Qaddafi. Gemeint ist damit weniger Saif al-Islam al-Qaddafi,[15] der zwar politische Reformanstöße geliefert hat, aber nicht über eine Machtbasis in Libyen verfügt, sondern seine Brüder, Brigadegeneral Mu'tasim Bilah (seit 2008 Nationaler Sicherheitsberater) und Oberst Khamis, Kommandeur hochgerüsteter Spezialtruppen. Eine dynastische Nachfolgeregelung ist damit nicht auszuschließen. Der in Zukunft anstehende generationenbedingte personelle Wechsel an der Staatspitze wird zeigen, ob lediglich eine Machtsicherung auf der Basis autoritärer Strukturen fortgeschrieben wird, oder ob in Ansätzen Liberalisierungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Wirtschaftspolitik in professionellere, weniger erratische und ideologisch belastete Bahnen gelenkt wird. Expertise hierfür steht in Nachbarstaaten bereit: in Marokko hinsichtlich der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, in Tunesien hinsichtlich ökonomischer Effizienz.

In Anlehnung an Kurt Sontheimers Deutschlandstudie[16] lässt sich auch im vorliegenden Fall die mehrdeutige Bilanz ziehen: „So war Libyen nie" –, es war nie so gut, wie es von offizieller Seite propagiert wurde und wie es ohne zelotische ideologische Eingriffe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hätte sein können. Es war aber auch nie so schlecht, wie es voreingenommene Betrachter und ihrerseits ideologisch geprägte Kommentatoren – u.a. die amerikanischen Verfechter der *Rogue-state*-Klassifizierung – sehen wollten. Dieses Zugeständnis darf allerdings nicht den Blick verstellen: Die Aussichten auf einen grundlegenden liberalisierenden oder gar demokratischen Wandel scheinen gering, solange Qaddafi in seiner Funktion als Revolutionsführer, das heißt als oberster politischer Entscheidungsträger, fungiert und solange Libyen eine *Jamahiriya* bleibt, in der die revolutionäre Legitimität nicht angetastet werden darf und folglich bislang auch kein Prozess in Gang gesetzt wurde, um revolutionäre Legitimität in Leistungslegitimität zu transformieren. Das heißt nicht, dass die Revolutionsführung grundsätzlich wandlungsunfähig war und ist. Die großen Veränderungen betrafen jedoch weitgehend die außenpolitischen Aktivitäten Libyens. Die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu allen Anrainerstaaten, die Bemühungen um einen außenpolitischen Neuanfang nach Aussetzung der UN-Sanktionen im April 1999, die spätestens beim Besuch des italienischen Premierministers D'Alema in Tripolis Anfang Dezember 1999 öffentlich vollzogene Abkehr vom Terrorismus oder die Aufgabe der Massenvernichtungsprogramme im Dezember 2003 legen von dieser Fähigkeit zum Wandel Zeugnis ab, auch wenn das Hauptmotiv hierfür die Machtsicherung war.

Der manifestierte Wille zum Wandel schloss deshalb bislang die Innenpolitik aus, weil bei Qaddafi die Einsicht, der Wille und die Fähigkeit zur grundsätzlichen Umgestaltung des politischen Systems fehlen. An den Grundstrukturen des Systems änderte sich folglich in den letzten Dekaden nichts. Eine nur historisch legitimierte Revolutionsführung, weder gewählt noch abwählbar, die durch direkte Steuerung über die Medien und Revolutionskomitees die Marge der Selbstbestimmung des libyschen Volkes in den Volkskonferenzen festlegt, wird auch in nächster Zukunft die Politik bestimmen und damit politische Opposition herausfordern. Wenn also auf der einen Seite festgestellt werden kann, dass in Libyen derzeit politischer Handlungsbedarf besteht, so ist auf der anderen Seite festzuhalten, dass die Entscheidung über Umfang und Inhalt von Veränderungen in erster Linie Sache der libyschen Staatsbürger ist.

Literatur

Vgl. Bibliographie GIGA-Informationszentrum: 40 Jahre libysche Revolution, unter:
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/bibliothek/bibliographien/pdf/dok-line_nahost_2009_2.pdf

[15] Vgl. hierzu die Biographie unter http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/imes/pdf/kurzbio-saif-al-islam.pdf (Autor Hanspeter Mattes).

[16] Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München 1999, 262 S.

Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiete: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *soft-security*-Probleme.

E-Mail: mattes@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/mattes.

GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme" sowie Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit" beschäftigten sich im Rahmen ihrer Forschungsteams (u.a. „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime" sowie „Religion, Konflikt und Politik") mit internen Entwicklungen in der islamischen Welt sowie außenpolitischen Konfliktkonfigurationen.

GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Mattes, Hanspeter: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Libyens im 40. Revolutionsjahr, in: Afrika-Wirtschaft Nr. 6/2008, S. 38-44 (Volltext).

Mattes, Hanspeter: Formal and informal authority in Libya since 1969, in: Vandewalle, Dirk (ed.): Libya since 1969. Qadhafi's revolution revisited. New York: PalgraveMacmillan 2008, S. 55-81.

Mattes, Hanspeter: Libyen – Staatliche Religionspolitik im Dienste der Septemberrevolution, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen. Hamburg: GIGA, 2007, S.102-134 (Volltext).

Mattes, Hanspeter: Libyens ambivalente Nutzung der Erdöleinnahmen. Hamburg, Wuquf-Kurzanalyse 17, 2006, 19 S.

Mattes, Hanspeter: SinSad – subregionale Interessenvertretung oder libysches Machtinstrument? Hamburg, GIGA Focus Nahost, Juni 2006.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Silvia Bücke
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM